

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - BSS/043(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag,  06.05.2008	Städtische Volkshochschule, Leibnizstraße 23, Raum 208	16:30Uhr	19:00Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 08.04.08
- 4 Anfragen und Mitteilungen
- 4.1 Information zur gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse FG, StBV und BSS
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Namensgebung einer Schule  
Vorlage: DS0137/08
- 6 Informationen
- 6.1 Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2007  
Vorlage: I0095/08
- 7 Anträge
- 7.1 Barrierefreie Zugänge zu Schulen in der Landeshauptstadt Magdeburg  
Vorlage: A0058/08
- 7.1.1 Barrierefreie Zugänge zu Schulen in der Landeshauptstadt Magdeburg  
Vorlage: S0106/08
- 7.2 Modellprojekt zur schülerbezogenen Lehrerstundenzuweisung  
Vorlage: A0178/07
- 7.2.1 Modellprojekt zur schülerbezogenen Lehrerstundenzuweisung  
Vorlage: A0178/07/1

- 7.2.2 Modellprojekt zur schülerbezogenen Lehrerstundenzuweisung  
Vorlage: S0047/08
- 7.3 Umsetzung ESF-Programm gegen Schulversagen  
Vorlage: A0049/08
- 7.3.1 Umsetzung ESF-Programm gegen Schulversagen  
Vorlage: S0087/08

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Stadtrat Gunter Schindehütte

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadträtin Dr. Rosemarie Hein

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Gerhard Heidl i.V. f. SR Heynemann

**Beratende Mitglieder**

Stadtrat Thorsten Giefers

Stadtrat Michael Stage

**Sachkundige Einwohner/innen**

Sachk. Einwohner Hans-Joachim Mewes

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Bernd Heynemann

Stadtrat Thomas Semmler

**Sachkundige Einwohner/innen**

Sachkundiger Einwohner Jens Rösler

Sachkundige Einwohnerin Sabine Wölfer

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung; die Beschlussfähigkeit ist mit 4 SR/SR'n hergestellt. Ab 16.35 Uhr sind 5 SR und ab 16.40 Uhr 6 stimmberechtigte SR anwesend.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Auf Bitte des Amtes 51 wird der TOP 7.3 vorgezogen.

Die Tagesordnung wird mit dem Abstimmungsergebnis **4 : 0 : 0** bestätigt.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 08.04.08

---

SR Müller bittet, wie bereits in der letzten Sitzung beantragt, den Ausschussmitgliedern das Konzept des Trägers des FAN-Projektes zukommen zu lassen.

Die Niederschrift der Sitzung vom 08.04.08 wird mit dem Abstimmungsergebnis **4 : 0 : 1** bestätigt.

### 4. Anfragen und Mitteilungen

---

- Vom Amt 13 ist Frau Scholz anwesend. Sie steht den Stadträten, die mit dem Programm „mandatos“ arbeiten, für Fragen zur Verfügung. Seitens der SR/SR'n werden verschiedene Probleme angesprochen, die sich bei der Nutzung des Programms ergeben. Das Amt 13 wird eine Auswertung und Klärung vornehmen.
  
- Der Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung um einen Sachstandsbericht zur Grundschulsituation im Bereich Ottersleben.  
 Herr Krüger, FBL 40, informiert den Ausschuss über ein Schreiben der Schulleiterin der GS Ottersleben an die Eltern. Er erinnert an getroffene Festlegungen vom Dezember 2006 für diesen Schuleinzugsbereich und erläutert die Genese der jetzt entstandenen Situation. Die kürzlich öffentlich diskutierte Wiedereröffnung der Grundschule Lemsdorf wird, so Herr Krüger, zu keiner wirklichen Entlastung im Grundschulbereich Ottersleben führen. Dazu müssten jährlich 25 Schüler aus der Ortslage Ottersleben herausgelenkt werden. Eine Teilung des Stadtteils wurde im Frühjahr 2007 von Eltern, Schulleitung und der Stadtverwaltung als nicht zielführend verworfen.  
 Es würde sich um ca. 35 Lemsdorfer Grundschüler in 4 Jahrgangsstufen handeln; für die Öffnung der GS Lemsdorf sind jedoch mind. 60 Schüler erforderlich. Die Lemsdorfer Schüler besuchen neben der GS Ottersleben auch die Grundschulen in der B.-Brecht-Straße bzw. Friedenshöhe.  
 Auf Anfrage des SR Schindehütte zur nicht ausreichenden Unterbringung der Ottersleber Schüler nennt Herr Krüger die Schülerzahlen/Zügigkeit und Prognosen bis 2012. Er verweist auf die nicht in den B-Plänen enthaltenen Einzelvorhaben nach § 34 Baugesetzbuch in Ottersleben.

SR Müller verweist auf eine diesbezügliche Antragstellung in der nächsten Stadtratsitzung und führt an, dass es damals evtl. nicht gerechtfertigt war, die GS Lemsdorf zu schließen.

SR'n Dr. Hein erwartet eine ausführlichere Diskussion hierzu nach der Überweisung des Antrages in den Ausschuss BSS.

SR Canehl gibt zu bedenken, dass die Schule Lemsdorf als Ausweichobjekt für Schulauslagerungen genutzt wird.

SR Giefers merkt an, dass die genannten Zahlen eine Problemlage aufzeigen und daher nach Lösungen zu suchen sei.

SR Schindehütte plädiert dafür, der Öffentlichkeit eine entsprechende Erklärung abzugeben.

- SR Canehl bittet um Auskunft zum Schulprojekt Fifty/Fifty. Speziell geht es ihm um die Lüftungsanlage der GS/Sek. in der Hegelstraße. Herr Schlenker vom zuständigen Eb KGm nimmt das angesprochene Problem auf.
- SR Canehl hinterfragt das Bewerberverfahren an der IGS „W. Brandt“ im Zusammenhang mit der Entscheidung für eine Aufnahme bei gymnasialer Empfehlung bzw. für eine Aufnahme, wenn keine gymnasiale Empfehlung gegeben worden ist.  
Der FBL 40, Herr Krüger, führt an, dass für Bewerber mit Empfehlung für einen Sekundarschulbildungsgang die Anzahl der Schüler ausgelost wurde. Für Schüler mit Empfehlung für einen gymnasialen Bildungsgang gelten die gleichen Aufnahmebedingungen wie bei Gymnasien. Allerdings wird die Verordnungslage momentan vom Kultusministerium überarbeitet, die voraussichtlich ab nächstem Jahr gelten wird.
- SR Canehl gibt die Frage von Stadtfelder Eltern weiter, die sich bezieht auf einen negativen Losentscheid am Hegelgymnasium und Setzen auf die Warteliste am Einsteingymnasium. Herr Krüger erklärt die Verfahrensweise. Es gibt den Anspruch auf einen, aber nicht auf einen bestimmten Gymnasienplatz.
- SR Müller merkt an, dass die Information zum Wohnheim für die Schüler des Werner-von-Siemens-Gymnasiums (S0094/08) nicht schlüssig ist.  
Herr Krüger: Die Stadt wird kein zweites Wohnheim eröffnen. Es gibt einen freien Träger, der u. U. ein Wohnheim führen will.
- SR Müller erkundigt sich nach den Hintergründen der Abgabe von Ausbildungsberufen von einer zur anderen BbS (von der BbS II zur BbS I) und warum die BbS nicht Bestandteil der Förderzentren sind.  
Herr Krüger gibt zur Kenntnis, dass über neue Formen und Profile der Berufsfelder nachgedacht wird. Beispielsweise sollen die Einzelhändler an der BbS I beschult werden, wie es früher bereits praktiziert worden ist. Die Verwaltung bereitet eine Informationsvorlage vor, die auch Hinweise zu Veränderungen der BbS beinhalten wird.  
Herr Sengstock, FDL 40, ergänzt, dass die Veränderungen mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt und beschlossen worden sind und diese ab dem Schuljahr 2008/09 greifen sollen. Zur Zusammenarbeit Förderzentren/BbS teilt Herr Krüger mit, dass eine Mitarbeit der BbS in den FÖZ möglich ist, es jedoch hier, wie in anderen Schulformen auch, keine Verpflichtungen gibt.
- SR Müller fragt nach der Möglichkeit der Nutzung freier Praxis-Übungsplätze an der BbS II durch andere Einrichtungen. Herr Krüger: Die neue SEPL VO sieht für BbS Mischklassen vor; die Schüler sollten vor Ort unterrichtet werden. Zur Schüleranzahl führt er an, dass es sich um Ausbildungsplätze für Vollzeitschüler handelt. Über evtl. freie Zeiten muss dann entschieden werden.

- SR Canehl fragt, ob schon eine Entscheidung in Verbindung mit der Auslagerung der GS Annastraße gefallen ist. Besichtigt wurden durch die Eltern im Beisein der Verwaltung beide Ausweichobjekte. Die Eltern der GS Annastraße favorisieren aufgrund des kürzeren Schulweges eher die Harsdorfer Straße (ehem. OvG) als den Gneisenauring. Demnächst tagt die Gesamtkonferenz der Schule und wird die endgültige Entscheidung der Verwaltung mitteilen.
- SR Canehl hat darüber Kenntnis erhalten, dass der Fußballverband (über Herrn Moldenhauer) den Bau von Bolzplätzen fördern will. Er fragt, ob der FB 40 Unterstützung gibt, z. B. am Schulstandort Stormstraße oder A.-Vater-Straße.
- Über die Vorsitzende des Stadtelterrates, Frau Bruns, hat SR Schindehütte Kenntnis erhalten hinsichtlich des unsauberen Zustandes des Schulhauses der Lindenhofschule. Nach seiner Meinung liegt die Ursache vermutlich an der Beschaffenheit des Schulhofes. Hier müsse dringend eine Lösung herbeigeführt werden. Herr Schlenker, Eb KGm, sieht für diesen Zustand ursächlich das verwendete Fallschutzmaterial für die Spielgeräte, was als Material empfohlen und auch so abgenommen wurde. Unabhängig davon werden demnächst Proben genommen. Das Ergebnis der Untersuchung wird dem Ausschuss mitgeteilt. SR Schindehütte erwartet und fordert, dass dieses Problem schnellstens geklärt wird.

#### 4.1. Information zur gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse FG, StBV und BSS

---

Der Ausschussvorsitzende informiert über eine zusätzliche Sitzung, die gemeinsam mit den Ausschüssen StBV und FG am Donnerstag, 12.06.08, um 16.00 Uhr in der Mensa/Baudezernat durchgeführt wird (ab 17.00 Uhr reguläre Sitzung StBV).

Tagesordnungspunkt ist die Behandlung der DS zu PPP-Schulen, Vergabe Paket 2.

Möglicherweise soll auch die Verwendung von EFRE-Mitteln auf die Tagesordnung kommen.

## 5. Beschlussvorlagen

---

### 5.1. Namensgebung einer Schule Vorlage: DS0137/08

---

SR Schindehütte stellt fest, dass seitens des Einsteingymnasiums der Beschluss der Gesamtkonferenz zur Beibehaltung des Schulnamens fehlt; erst muss dieser Beschluss vorliegen, bevor der Name „Otto von Guericke“ an eine andere Schule vergeben werden kann. Er verweist auf eine diesbezügliche beschlossene Regelung zur Schulnamensgebung. Das Einsteingymnasium hat demnach formell keinen Namen.

SR Löhr erinnert an eine seinerzeit durch den Ausschuss getroffene Entscheidung zur Vergabe des Namens Otto von Guericke an eine Schule.

SR'n Dr. Hein beantragt die **Vertagung der DS** und Durchführung der Gesamtkonferenz des Einsteingymnasiums zur Schulnamensgebung.

Der FBL 40 geht auf die Begründung der Beschlussvorlage ein und erklärt, dass der Name „Otto von Guericke“ frei ist. Die BbS III hat die Schulnamensgebung ordnungsgemäß vorbereitet und gehandelt. Die Befragungen am Einsteingymnasium haben ergeben, dass der bisherige Name „Albert-Einstein-Gymnasium“ beibehalten werden soll.

Die BbS III, so SR Giefers, hat das Verfahren der Namensgebung korrekt eingehalten, hier liegt kein Formfehler vor.

SR Müller: Mit der vom Ausschuss BSS beschlossenen Regelung zur Namensgebung ist eine Festlegung getroffen worden, nach der zu verfahren ist.

SR Canehl stellt den **Geschäftsordnungsantrag** zum Abbruch der Diskussion und Behandlung der DS in der nächsten Ausschusssitzung. Die Verwaltung solle dem Einsteingymnasium mitteilen, dass eine Gesamtkonferenz mit der Entscheidung zur Beibehaltung des Namens nötig sei.

SR Löhr hält abschließend fest, dass der Name OvG noch nicht frei ist, solange die Gesamtkonferenz des Einsteingymnasiums sich nicht gegen den Namen „Otto v. Guericke“ entschieden hat.

SR Schindehütte bittet die Verwaltung gem. des Geschäftsordnungsantrages des SR Canehl um entsprechende Mitteilung an das Einsteingymnasium.

Abstimmungsergebnis zum Antrag der SR'n Dr. Hein auf **Vertagung** der Beschlussvorlage:  
**5 : 1 : 0**

## 6. Informationen

---

### 6.1. Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2007 Vorlage: I0095/08

---

Der Behindertenbeauftragte, Herr Pischner, bringt den Jahresbericht für den Fachbereich 40 ein. Er geht speziell ein auf die barrierefreie Zugänglichkeit des neuen Objektes der Volkshochschule, die Zugänglichkeit generell an Schulen, auf die Förderschulen und auf die Zusammenarbeit der Bereiche Bildung und Soziales.

Herr Pischner erklärt, dass der Zustand in der Volkshochschule nicht so bleiben könne. Der Anbau eines Aufzuges sowie der Einbau eines Behinderten-WC wird als dringend notwendig erachtet.

Er appelliert an die Verwaltung, keine Abstriche bei der Barrierefreiheit an Schulen und Sporthallen zu machen; die Barrierefreiheit muss gewährleistet sein.

Die Entwicklung der Förderschulen schätzt Herr Pischner problematisch ein. Als positives Beispiel nennt er das Förderzentrum Mitte.

Herr Pischner kritisiert die hohe Schüleranzahl an den Förderschulen und dagegen die geringe Anzahl der Schüler, die im gemeinsamen Unterricht beschult werden; Sachsen-Anhalt hat die höchste Quote an Förderschulen und die niedrigste im gemeinsamen Unterricht.

Er berichtet weiter, dass an den Förderschulen ein erheblicher Anteil Schüler aus Familien ist, die staatliche Leistungen erhalten. Der Besuch einer Förderschule und die soziale Situation hängt oft zusammen. Besonders ist dies in den Förderschulen L zu beobachten.

SR Canehl möchte vom EB KGm Auskunft erhalten, wie der Stand des Lift-Einbaus an der VHS ist. Herr Schlenker erklärt, dass Mittel hierfür nur aus dem Vermögenshaushalt kommen. Die Mittelbereitstellung für das nächste Jahr steht noch nicht fest.

Zur angefragten Mittelbereitstellung für die GS Am Glacis teilt Herr Schlenker mit, dass diese EFRE-Mittel Bestandteil des Stadtumbau Ost sind, eine andere Finanzierung als das EFRE-Schulumbauprogramm.

SR Müller fragt das KGm, warum im Paket 1 des PPP-Projektes die GS Friedenshöhe nur eine teilweise Barrierefreiheit erhält und wie das Landesbauamt hierzu steht.

Herr Schlenker verweist auf die Landesbauordnung, die die Erreichbarkeit eines Gebäudes mindestens im Erdgeschoss vorsieht.

SR Schindehütte: Es muss gewährleistet werden, dass ein behindertes Kind dort 4 Jahre beschult werden kann.

Herr Pischner regt an, barrierefreie Erschließungen so weit wie möglich zu schaffen (Einzelfallentscheidungen je nach Bautyp).

Im Bereich Sportstätten sieht Herr Pischner keine größeren Probleme.

SR Schindehütte bittet um entsprechende Antragstellung auf der Sondersitzung am 12.06.08, um für das Paket 2 im Vorfeld Festlegungen zu treffen. Er dankt Herrn Pischner für den umfangreichen Bericht.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Jahresbericht **zur Kenntnis**.

## 7. Anträge

---

### 7.1. Barrierefreie Zugänge zu Schulen in der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: A0058/08

---

Herr Schlenker, Eb KGm, bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein.

SR Müller sieht die Beantwortung gem. Antragstext nicht vollständig erfüllt bezogen auf die uneingeschränkte Nutzbarkeit der Objekte. Er erinnert an den aufgetretenen Fall im letzten Jahr an der neuen BbS in der Salzmannstraße; hier war der Schlüssel für den Behindertenaufzug nicht zugänglich und der Besuch einer Veranstaltung für Behinderte nicht abgesichert.

Nach Ansicht SR Schindehüttes handelt es sich um organisatorische Fragen, die vor Ort geklärt werden müssen.

Der FBL 40 verweist auf einen seinerzeit gegebenen Hinweis an den Schulleiter der BbS.

Herr Schlenker nimmt dieses Organisationsproblem auf.

(Hinweis: ab 18.45 Uhr sind 5 stimmberechtigte SR/SR'n anwesend)

Abstimmungsergebnis zum Antrag 0058/08: **5 : 0 : 0**

### 7.1.1. Barrierefreie Zugänge zu Schulen in der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: S0106/08

---

Die Stellungnahme S0106/08 wird **zur Kenntnis** genommen.

7.2. Modellprojekt zur schülerbezogenen Lehrerstundenzuweisung  
Vorlage: A0178/07

---

SR Schindehütte berichtet über eine von ihm nochmals geführte Nachfrage im Land Thüringen zum Projekt der schülerbezogenen Lehrerstundenzuweisung. Dort sind die Hortnerinnen in Verantwortung der Stadt, bleiben aber Landesbedienstete.

SR'n Dr. Hein: Auch im Land SA sollen nach dem Modellprojekt die Pädagogen Landesbedienstete bleiben. Es gibt die Möglichkeiten, Entscheidungen in wesentlich kleineren Schulämtern zu treffen oder auf der Ebene der kreisfreien Stadt. Mehr Entscheidungsmöglichkeiten gibt es auf Stadtebene. Das Land Thüringen hat eine andere Struktur mit kleineren Schulämtern. Ziel des Antrages war die Prüfung der Möglichkeit zur Durchführung des Modellprojektes.

Der FBL 40 gibt dem Ausschuss ein Schreiben des Kultusministeriums vom 17.04.08 zum Modellprojekt zur Kenntnis. Dieses Schreiben wird den Ausschussmitgliedern mit dem Protokoll zugestellt.

SR'n Dr. Hein führt an, dass auch für das Floating-Modell 4 Jahre benötigt wurden und heute darüber nachgedacht wird. Sie bleibt bei der Antragstellung, da seitens des Landes nicht auf die Kommune zugegangen wird.

Nach Ansicht des SR Stage könnte einem Modell-Versuch zugestimmt werden.

Abstimmungsergebnis zum Antrag 0178/07: **2 : 3 : 0**

7.2.1. Modellprojekt zur schülerbezogenen Lehrerstundenzuweisung  
Vorlage: A0178/07/1

---

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag 0178/07/1: **2 : 3 : 0**

7.2.2. Modellprojekt zur schülerbezogenen Lehrerstundenzuweisung  
Vorlage: S0047/08

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wird **zur Kenntnis** genommen.

7.3. Umsetzung ESF-Programm gegen Schulversagen  
Vorlage: A0049/08

---

Frau Achatzi bringt die Stellungnahme des Amtes 51 ein. Sie berichtet über die Zusammenarbeit im Rahmen der Schulsozialarbeit zwischen Jugendamt und freien Trägern. Bei der Umsetzung des ESF-Programms gegen Schulversagen ist eine Kooperation geplant; die Erfahrungen der freien Träger sollen einfließen. Es liegen bereits zwei Interessensbekundungen freier Träger vor.

Vom Amt 51 wird es als schwierig angesehen, einen gemeinsamen Antrag von Stadt und freien Trägern an das Sozialministerium zu richten. Gemäß Schreiben des Ministeriums vom Februar dieses Jahres ist die Übernahme laufender Maßnahmen der Schulsozialarbeit in das neue Förderprogramm nicht möglich.

Zur Frage des SR Schindehütte zu den 3 Sozialarbeitern der Förderzentren erklärt Frau Achatzi, dass diese Mitarbeiter der Kommune sind.

SR Müller unterstreicht die Notwendigkeit der Absicherung der Schulsozialarbeit und fordert die Schaffung zusätzlicher Stellen in diesem Bereich.



SR Giefers sieht mit der Stellungnahme der Verwaltung das Anliegen geklärt. Der Antrag wird von ihm als Vertreter der antragstellenden Fraktion **zurückgezogen**.

7.3.1. Umsetzung ESF-Programm gegen Schulversagen  
Vorlage: S0087/08

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wird **zur Kenntnis** genommen.

- Die nächste reguläre Sitzung des Ausschusses findet gem. Plan am 3. Juni und die zusätzliche Ausschusssitzung am 12. Juni statt.
- SR Stage schlägt vor, aufgrund des Umfangs des TOP 4 – Anfragen und Mitteilungen – diesen mit Rücksicht auf eingeladene Ämter und Gäste zu Sitzungen wieder an den Schluss der Tagesordnung zu setzen. Der Ausschussvorsitzende wird diesem Vorschlag folgen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Schindehütte  
Vorsitzender

gez. Grützner  
Schriftführerin